

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 24.01.2006

Ort: Stadthaus, Festsaal, Markplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Frau Weiß eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Es wurden keine Änderungen oder Ergänzungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde ohne Änderungen oder Ergänzungen beschlossen:

3. Vorlagen
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004
Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Gesundheit
Vorlage: IV/2005/05503
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten

5. Anfragen von Stadträten
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 3 Vorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004

Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Gesundheit

Vorlage: IV/2005/05503

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Nagel, Herr Bönisch, Herr Felke, Herr Schramm, Frau Weiß, Herr Misch, Herr Weiland, Frau Szabados, Herr Geier, Frau Winter, Frau Müller und Herr Dr. Wilhelms.

Den Mitgliedern des Ausschusses wurden zu Beginn der Sitzung zusätzliche Erläuterungen und Veränderungen des Geschäftsbereiches sowie dessen einzelner Fachbereiche in Schriftform übergeben.

Frau Szabados erläuterte diese ausführlich.

Auf Nachfrage wurde informiert, dass ca. 9.000 Kinder in den Bedarfsgemeinschaften leben. Bezüglich der Landesmittel – Wohngeldersparnis wurde ausgeführt, dass die Planung sehr schwierig war, weil keine Erfahrungswerte vorlagen und deshalb eine Anpassung vorgenommen werden müsse. Verhandlungen mit dem Land bezüglich der Anerkennung höherer Wohngeldersparnis gestalten sich schwierig, da die Landkreise Vorteile aus dem zurzeit gültigen Verteilungsschlüssel ziehen.

(16:30 Uhr – Herr Prof. Dr. Schuh kam in die Sitzung.)

Die Materialien, die im Sozial, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zur Thematik verteilt wurden, waren noch mit Erläuterungen versehen. Zusätzlich wurde die Beantwortung von Fragen im Fachausschuss verabredungsgemäß an die Fraktionen übersandt, mit der Möglichkeit, diese an die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen weiterzuleiten. Da dies in den Fraktionen unterschiedlich gehandhabt wurde, standen in der Sitzung unterschiedliche Materialien zur Verfügung.

Fachbereich Soziales

Zu den entsprechenden Unterabschnitten wurde auf eventuelle Veränderungen hingewiesen und diese begründet.

Bezüglich des Unterabschnittes 4000 – Allgemeine Sozialverwaltung – sagte Frau Szabados eine Überprüfung der Bewirtschaftungskosten zu. Da ein Gebäude im Jahr 2005 abgegeben worden sei, könne das Jahr 2004 nicht als Grundlage für die Planung 2006 genommen werden.

In der Wohngeldstelle wurden – siehe Stellenplan - erhebliche Personaleinsparungen vorgenommen. Diese finden sich nicht im Ansatz der Personalkosten des Unterabschnittes 4001 – Ressort Wohngeld – wieder. Frau Szabados sagte eine Überprüfung zu.

(16:50 Uhr – Herr Scholze kam in die Sitzung.)

Zum Unterabschnitt 4050 – Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende – wurde ausgeführt, dass die Mitarbeiteranzahl von 18 auf 35 aufgrund der Fallzahlen erhöht werden musste. Eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter bearbeitet 600 Fälle und dies stelle die obere Grenze dar.

(17:00 Uhr – Herr Schramm und Herr Prof. Dr. Schuh verließen die Sitzung.)

Im Bereich der Aussiedler- und Asylbewerberheime – Unterabschnitt 4362 - sind die geplanten gesunkenen Ausgaben auf die Anpassung aufgrund der gesunkenen Belegungszahlen zurückzuführen. Die Stadt zahle an die privaten Betreiber der Heime eine Fallpauschale. Aufgrund einer Andeutung zur Überprüfung, ob alle diesbezüglichen Einrichtungen notwendig seien, verwies Frau Szabados auf eine gerade gelaufenen Überprüfung, sagte aber zu, die Einrichtungen unter diesem Aspekt im Auge zu behalten. Es wurde darauf hingewiesen, dass es nicht nur fiskalische Gründe geben könne, ein Haus zu schließen.

Frau Szabados erläuterte zum Unterabschnitt 8410 – Eigenbetrieb für Arbeitsförderung – dass der Zuschussbedarf an das IST des Jahres 2005 angepasst und auf 2,3 Mio. € reduziert wurde. Dieser Bereich stelle eine reine freiwillige Leistung der Verwaltung dar. Die dadurch erzielten Effekte, wie z. B. Reduzierung der Kosten der Unterkunft werden in diesem Jahr besonders geprüft, um die Effektivität der Ausgaben nachzuweisen und eine genaue Entscheidungsgrundlage für die Höhe der in diesem Unterabschnitt zu planenden Ausgaben für die nächsten Jahre geben zu können.

Herr Otto fügte auf Anfrage an, dass in jeder Maßnahme ein Anteil (ca. 20 %) an Qualifizierung für die Teilnehmer enthalten sei, aus diesem Grund werde die Haushaltstelle: städt. Eigenanteil Förderung der Qualifizierung in diesem Jahr nicht mehr explizit ausgewiesen. Ausschließliche Qualifizierungsmaßnahmen werden durch die ARGE finanziert.

Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Die Verwaltung wurde um eine schriftliche Zuarbeit gebeten, warum im Unterabschnitt 4510 – Kinder- und Jugendarbeit – die Personalkosten trotz Stellenreduzierungen steigen.

Frau Szabados erläuterte, dass die Durchsetzung der Haushaltsklarheit an einigen Stellen sehr schwierig sei. So werden z. B. die Kosten für die sozialraumorientierte Arbeit in den

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 24. Januar 2006 – öffentlicher Teil

Stadtteilzentren aus verschiedenen Unterabschnitten getragen. Im Haushaltsplan für das Jahr 2007 solle dies pro Sozialraum dargestellt werden, um die Ausgaben deutlicher zuordnen zu können.

(18:00 Uhr – Herr Felke verließ die Sitzung – Frau Hanna Haupt kam als Vertreterin in die Sitzung.)

Unterabschnitt 4600 – Jugendfreizeiteinrichtungen – bezüglich der dringend notwendigen Besetzung der Leiterstelle verwies Frau Szabados auf die ausführlichen Diskussionen im Jugendhilfeausschuss.

Handlungs- und Gesprächsbedarf zu den Regelungen des Landes sei dringend bezüglich des Unterabschnittes 4530 – Förderung der Erziehung in der Familie – notwendig. Die geplanten Einnahmen und Ausgaben betreffen die Finanzierung von Ferienfreizeiten durch das Land und stellen für die Stadt Halle (Saale) einen Durchlaufposten dar. Leider mussten diese Ansätze erheblich reduziert werden, da die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Zuschüsse so hoch waren, dass nur 27 Familien aus der gesamten Stadt die Leistung in Anspruch nehmen konnten.

Fachbereich Gesundheit und Veterinärwesen

Herr Dr. Wilhelms erläuterte, dass das Labor aufgelöst worden sei und die Leistungen jetzt von Dritten erbracht werden.

Frau Szabados führte aus, dass die Synergie- und möglichen Einsparungseffekte in diesem Bereich ausgeschöpft seien.

Haushalt allgemein

Frau Weiß bat die Verwaltung, bei Hinweisen in jeglichen Zuarbeiten oder auch im Haushaltsplan, wie z. B. ... resultiert aus der gesunkenen Empfängerzahl ..., ... sind auf gesunkene Belegungszahlen zurückzuführen ..., u. ä. immer die konkreten Zahlen aufzuzeigen, die dieser Information zu Grunde liegen. Sonst sind diese Zusatzinformationen wenig aussagekräftig.

Herr Bönisch fügte an, dass die kurzen Erläuterungen im Haushaltsplan verstärkter genutzt werden sollten, um Nachfragen zu vermeiden und den Haushalt transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten.

ZGM

Da diesbezügliche Fragen bei vielen Unterabschnitten des Haushaltes gestellt werden, bat Frau Weiß die Verwaltung um eine Erläuterung, wie die Kalkulation der Mieten vom ZGM vorgenommen worden sei. Dabei solle auf die Veränderungen der Grundmiete, der Bewirtschaftungs- und der Reinigungskosten getrennt eingegangen werden.

Die Zuarbeit solle an die Fraktionsgeschäftsstellen bis zum 17. 02. 2006 übersandt werden.

Haushaltskonsolidierungskonzept III

Frau Weiß bat um eine Information zur Verfahrensweise der Beratung und Beschlussfassung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes III in der Stadtratssitzung am 25.01.2006.

Terminplanung

Aufgrund einer Kritik von Herrn Weiland zur Terminplanung der Sitzungen der Gremien des Stadtrates, sagte Herr Geier eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5 Anfragen von Stadträten

zu 6 Beantwortung von Anfragen

zu 7 Anregungen

Protokoll:

Zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 7 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 8 Mitteilungen

Protokoll:

Frau Weiß erinnerte daran, dass sie in der Sitzung des Hauptausschusses am 18.01.2006 die Anfrage gestellt habe: Wer hat die Entscheidung getroffen, dass nicht Zulassungsbeschwerde beim Bundesarbeitsgericht erhoben wird? (Thema: Entscheidung des Arbeitsgerichtes, dass die Stadt Kindergärtnerinnen weiter beschäftigen muss und die Zahlung von Verzugszinsen für das Gehalt für 6 Monate, einschließlich Anwaltskosten, vornehmen soll.) Die Beantwortung der Frage wurde durch Frau Häußler für die Sitzung des Stadtrates am 25.01.2006 zugesagt.

Isa Weiß
stellv. Vorsitzende
des Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Referentin GB I
Protokollantin